

## Dringliches Postulat 122

Eingang Stadtkanzlei: 17. August 2021

### **Humanitäre Krise in Afghanistan: Schutz für vulnerable Personen**

Durch den Truppenabzug der USA entstand in Afghanistan ein Machtvakuum, welches unerwartet schnell von der autoritären und fundamentalistischen Miliz der Taliban genutzt wurde für ihre Machtübernahme. Die Situation vor Ort ändert sich aktuell stündlich.

Die Taliban sind bekannt für Menschenrechtsverletzungen und eine radikale Auslegung der Sharia. Dadurch sind grosse Teile der Bevölkerung an Leib und Leben bedroht: Menschen, die mit den USA kooperiert haben, Journalist\*innen, Frauen, Mädchen etc. Diese vulnerablen Personen sind angewiesen auf humanitäre Hilfe.

Es ist den Unterzeichnenden bewusst, dass es dem Stadtrat aufgrund der geltenden Rechtslage nicht möglich ist, Menschen auf der Flucht direkt aufzunehmen. Wir bitten den Stadtrat deshalb:

- sich im Rahmen seiner Möglichkeiten so schnell und so nachdrücklich wie möglich beim Bund (EJPD/SEM) dafür einzusetzen, dass die Schweiz vulnerablen Personen aus Afghanistan ihre Unterstützung anbietet, im Rahmen von internationalen Kontingenten Geflüchtete aus Afghanistan aufnimmt, sich humanitär engagiert, weitere Länder zur Solidarität auffordert und selber so viele Geflüchtete wie nur möglich aufnimmt;
- im selben Zuge dem Bund und dem Kanton zu signalisieren, dass die Stadt Luzern bereit ist, so viele Geflüchtete aufzunehmen, wie menschenwürdig unterzubringen sie finanziell, räumlich und logistisch in der Lage ist;
- hier wohnhafte Menschen, die selbst und/oder deren Angehörige von der Krise betroffen sind, in der Bewältigung der Situation zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, dass die Schweiz entsprechende Massnahmen ergreift;
- sich dafür auszusprechen, dass die Einreise der Angehörigen von Afghan\*innen, die sich in der Schweiz aufhalten, erleichtert wird (analog zu den Einreiseerleichterungen 2013 für Angehörige von Syrier\*innen<sup>1</sup>);

---

<sup>1</sup> Quelle Einreiseerleichterung: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-50102.html>

- sich beim Bund dafür auszusprechen, dass negative Asylentscheide von afghanischen Staatsangehörigen, welche sich aktuell in der Schweiz befinden, neu beurteilt werden;
- und Gelder aus dem städtischen Budgetposten «Solidaritätsbeiträge» zur Bekämpfung der humanitären Krise in Afghanistan einzusetzen.

Irina Studhalter  
namens der G/JG-Fraktion